

Pressedienst Nr. 16409
Mittwoch, 09. November 2022

COPA stellt sich entschieden gegen eine Wiederbelebung des Mercosur-Abkommens	1
Totschnig und Gewessler stellten Bioökonomie-Aktionsplan vor	2
Schmiedtbauer/Bernhuber: Für EU-Düngemittelstrategie war es höchste Zeit	3
Jahrestagung der land- und forstwirtschaftlichen Meister im Ländle	4
Förderpreis der Hagelversicherung: Studien von zwei Boku-Absolventen prämiert	6

**EINEN TEIL DER AUFLAGE FINANZIERT
DIE NIEDERÖSTERREICHISCHE VERSICHERUNG**



Die Niederösterreichische
Versicherung

COPA stellt sich entschieden gegen eine Wiederbelebung des Mercosur-Abkommens

Lambert warnt vor Doppelmoral der EU und kritisiert geplantes Vorgehen scharf

Brüssel, 9. November 2022 (aiz.info). - Nach dem Machtwechsel mit der Wahl von Lula da Silva an die Regierungsspitze in Brasilien rückt das 2019 unterzeichnete, aber bislang nie ratifizierte Handelsabkommen zwischen EU und Mercosur wieder in den Vordergrund. Überlegungen der EU-Kommission für eine Wiederbelebung des Abkommens auf der Suche nach neuen Handelsmöglichkeiten werden von **Christiane Lambert**, Präsidentin des Verbandes europäischer Landwirte, COPA, scharf kritisiert. In einem Gastbeitrag auf der Website von COPA warnt sie vor erheblichen negativen Auswirkungen auf die europäischen Agrarmärkte und die Umwelt, sollte das Abkommen in Kraft treten. Bereits damals hatten sich das Europäische Parlament und mehrere Mitgliedstaaten dagegen ausgesprochen.

"Brüssel will den Staaten ihr Veto entziehen und die weitreichenden Handelsbefugnisse der EU nutzen, um das Abkommen auf EU-Ebene zu ratifizieren-wofür Mehrheiten im Rat und Europäischem Parlament erforderlich wären - anstatt von den 27 nationalen Parlamenten sowie einigen Regionalparlamenten der EU", zitiert Lambert einen Bericht in "Politico".

Dieses Vorgehen ist für Lambert "skandalös". "Wir verstehen, dass es angesichts des Krieges in der Ukraine dringend erforderlich ist, dass die EU neue Handelsmöglichkeiten findet und bestehende Abkommen umsetzt. Wir teilen dieses Ziel. Wenn die Kommission jedoch auf die Ratifizierung des EU-Mercosur-Abkommens drängt, könnte sie die Nachhaltigkeit der europäischen Landwirtschaft weiter unterminieren. Wenn es bereits 2019 eine klare Ablehnung des Abkommens gab, wie sollte die europäische Agrargemeinschaft dann nicht noch entschiedener gegen ein Abkommen sein, das die jüngsten Entwicklungen vollkommen außer Acht lässt, insbesondere die Strategie 'Vom Hof auf den Tisch' und die Folgen des Krieges in der Ukraine für die landwirtschaftlichen Betriebe und Agrargenossenschaften der EU", äußert die COPA-Präsidentin ihr Unverständnis.

Geplantes Abkommen ist unausgewogen

Laut COPA ist das Mercosur-Abkommen trotz des gewährten Zugangs für Erzeugnisse aus der EU wie Wein, Milch, Olivenöl, einige Obstsorten, Gemüse und Produkte mit geografischer Angabe in seinem Landwirtschaftskapitel unausgewogen, insbesondere im Hinblick auf die ohnehin anfälligen Agrarsektoren wie Rind- und Geflügelfleisch, Reis, Orangensaft, Zucker und Ethanol. Am Beispiel des Rindfleischsektors lasse sich leicht nachvollziehen, wie dieses Abkommen die Verhandlungsmacht aus den Händen der europäischen Landwirtinnen und Landwirte in die der großen Marktakteure in den Mercosur-Staaten verlagern werde, schreibt Lambert in dem Gastbeitrag.

Darüber hinaus seien die europäischen Landwirte besorgt über die kumulativen und schwer quantifizierbaren Auswirkungen aller bereits von der EU unterzeichneten Abkommen. Diese Befürchtung sei durch die eigens von der Kommission durchgeführte Studie über die Auswirkungen von Handelsabkommen auf landwirtschaftliche Erzeugnisse bestätigt worden. Vor diesem Hintergrund könnte das Abkommen zwischen der EU und dem Mercosur-Block der letzte Tropfen sein, der das Fass zum Überlaufen bringe. "Im Geflügelsektor entsprechen die jährlichen Einfuhren

aus den Mercosur-Staaten Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay der gesamten Produktion von Dänemark, Finnland und Schweden", so Lambert.

Zudem ortet die COPA-Präsidentin eine Doppelmoral der EU. "Bereits im Jahr 2019 hat dieses Abkommen den Landwirten in der EU das Leben schwer gemacht, da es mit zweierlei Maß misst: dem, was in der EU verboten ist, und dem, was bei unseren Einfuhren toleriert wird." Der Zuckerrübenssektor sei ein Paradebeispiel. "Mit diesem Abkommen wird Europa Zucker und Ethanol importieren, die in keiner Weise unseren Produktionsstandards entsprechen. Allein in Brasilien werden 27 Herbizide und Insektizide verwendet, die in Europa verboten sind", bringt es Lambert auf den Punkt.

"Seit der politischen Einigung 2019 ist mit der Einführung des europäischen Grünen Deals ein regulatorischer Tsunami über die EU hereingebrochen. Dutzende Gesetzesinitiativen mit Auswirkungen auf die Landwirtschaft werden derzeit in Brüssel diskutiert, unter anderem zu den Themenbereichen Naturwiederherstellung, biologische Vielfalt, Industrieemissionen, Verwendung von Pflanzenschutzmitteln und Tierwohl. Gleichzeitig hat der Krieg in der Ukraine tiefgreifende Auswirkungen auf die Lebensmittelproduktion in der EU, wodurch die Kosten in die Höhe schnellen und die der Konkurrenz übersteigen. Dies wird insbesondere auf den Düngemittel- und Energiemärkten sichtbar. Die EU hat die Auswirkungen des russischen Angriffskrieges auf die europäische Landwirtschaft noch nicht in die Diskussionen über den Grünen Deal eingebracht, was wir scharf verurteilen. Die Wettbewerbsfähigkeit der Mercosur-Staaten wird gestärkt, da sie von den Folgen des Konflikts in der Ukraine in geringerem Ausmaß betroffen sind", moniert die Landwirte-Vertreterin weiter.

"Vor diesem Hintergrund wird die Umsetzung des Grünen Deals die Kluft zwischen den Standards, die für die Landwirte in der EU und in den Mercosur-Staaten gelten, weiter vergrößern. Diese gewaltige Kluft ist für die europäischen Erzeuger unzumutbar. Das Problem wird durch das Mercosur-Abkommen nur weiter verschärft, da dieses Abkommen viele Jahre vor dem Auftakt der Strategie 'Vom Hof auf den Tisch' und dem Krieg in der Ukraine konzipiert wurde. Es wäre daher sowohl anachronistisch als auch schädlich; folglich lehnen wir es entschieden ab", warnt Lambert in dem Beitrag. (Schluss)

Totschnig und Gewessler stellen Bioökonomie-Aktionsplan vor

Fossile Ressourcen durch nachwachsende Rohstoffe weitgehend ersetzen

Wien, 9. November 2022 (aiz.info). - Landwirtschaftsminister **Norbert Totschnig** und Klimaministerin **Leonore Gewessler** haben gestern, Dienstagabend, den Bioökonomie-Aktionsplan vorgestellt. Auch das im Juni 2022 angekündigte Bioökonomie-Netzwerk "Bioeconomy Austria" mit mittlerweile mehr als 150 Partnern wurde präsentiert. "Bioökonomie ist der Weg, um fossile Ressourcen durch nachwachsende Rohstoffe in möglichst allen Bereichen und Anwendungen zu ersetzen.

Entscheidend ist, dass wir Wissen teilen und vernetzen. Darum haben wir das Netzwerk 'Bioeconomy Austria' gestartet und den neuen Aktionsplan erarbeitet. Unser Ziel ist, Unternehmen, Forschung, Politik und Gesellschaft zu verbinden. Nur so können wir Kreisläufe schließen und gemeinsame Projekte entlang der Wertschöpfungskette umsetzen", betonten Gewessler und Totschnig. Das Bioökonomie-Netzwerk und der Aktionsplan Bioökonomie sind Kernelemente der Umsetzung der

nationalen Bioökonomiestrategie. Detaillierte Informationen dazu sind im Web unter www.bioeco.at abrufbar.

"Nachhaltige Holzverwendung ist aktiver Klimaschutz", hält Landwirtschaftsminister Totschnig fest und verweist darauf, dass 1 m³ Holz zirka 1 t CO₂ speichert. "Holzprodukte sind Kohlenstoffspeicher und wirken also wie ein zweiter Wald. Damit das so bleibt, muss sichergestellt werden, dass die aktive Waldbewirtschaftung weiterhin die Basis für Bioökonomie sein kann und der nachwachsende Rohstoff Holz auch genutzt werden kann. Es sind unsere Bäuerinnen und Bauern, die regionale Lebensmittel und erneuerbare Energie-Ressourcen zur Verfügung stellen - auch in Krisenzeiten. Die Land- und Forstwirtschaft ist also Teil der Lösung im Kampf gegen Klimawandel und für mehr Energie-Unabhängigkeit - und die Bioökonomie ist der Weg dorthin", so Totschnig. Die holzbasierte Bioökonomie sei für Österreich sehr bedeutend. Die Wertschöpfungskette Forst-Holz-Papier schaffe rund 300.000 Arbeitsplätze und erwirtschafte über 20 Mrd. Euro.

Netzwerk Bioeconomy Austria

Das Netzwerk Bioeconomy Austria (www.bioeconomy-austria.at) ist ein Schwerpunkt der Holzinitiative (93,5 Mio. Euro), die das Landwirtschaftsministerium in Abstimmung mit dem Klimaministerium über den Österreichischen Waldfonds (350 Mio. Euro) finanziert. Die Holzinitiative gehört zu den Leuchtturmprojekten der Bioökonomiestrategie und zielt darauf ab, die stoffliche und energetische Verwendung des nachhaltigen Rohstoffes Holz zu forcieren.

Das Netzwerk wurde im Juni 2022 von Gewessler und Totschnig gestartet. Knapp fünf Monate später hat das Netzwerk bereits 150 Partner und traf sich gestern zur ersten Vernetzungsveranstaltung. Zu den Netzwerkpartner-Organisationen gehören unter anderen ecoplus Niederösterreichs Wirtschaftsagentur (Projektleitung), Business Upper Austria, Innovation Salzburg, Holzcluster Steiermark, proHolz Tirol, Österreichische Energieagentur, Zentrum für Bioökonomie an der Universität für Bodenkultur Wien, BioBASE, Umweltbundesamt, Ökosoziales Forum Österreich & Europa. Das Ökosoziale Forum Österreich & Europa ist im zehnköpfigen Projektkonsortium, das diesen Netzwerkaufbau organisiert, für die Bereiche Kommunikation und Aufbau der Marke "Bioeconomy Austria" verantwortlich. (Schluss)

Schmiedtbauer/Bernhuber: Für EU-Düngemittelstrategie war es höchste Zeit

EU-Kommission legt Papier vor - Versorgungssicherheit in den Mittelpunkt stellen

Brüssel, 9. November 2022 (aiz.info). - Die EU-Kommission präsentiert heute, Mittwoch, ein Strategiepapier hinsichtlich der Marktschwierigkeiten für Düngemittel. "Es ist höchste Zeit, dass die Europäische Kommission tätig wird, um auf die immensen Preissteigerungen und starken Abhängigkeit bei Düngemitteln aus Nicht-EU-Ländern zu reagieren", meinen die ÖVP-Europaabgeordneten **Simone Schmiedtbauer** und **Alexander Bernhuber**. "Wir müssen jetzt mehr denn je die Versorgungssicherheit stärken, sie muss im Mittelpunkt der EU-Düngemittelstrategie stehen", sagen die Abgeordneten.

"Unsere Landwirtinnen und Landwirte sind aktuell nicht nur mit steigenden Energiepreisen, sondern auch mit astronomischen Preisen bei Düngemitteln konfrontiert, die durch Putins Invasion in der Ukraine weiter in die Höhe getrieben wurden", sagt Schmiedtbauer, ÖVP-Landwirtschaftssprecherin im Europaparlament. Es sei dringend notwendig, dass die heimischen Familienbetriebe entlastet werden, die unter den zusätzlichen Kosten leiden. Gleichzeitig müsste die Düngemittelproduktion in Europa langfristig gestärkt werden. "Denn sonst bleiben wir auch in Zukunft von anderen Ländern abhängig, wenn es um unsere Versorgung mit Düngemitteln und damit unsere Lebensmittelproduktion geht. Wir haben im letzten Jahr als EU rund 3,1 Mrd. Euro für den Import von Düngemitteln ausgegeben, das sind 2 Mrd. Euro mehr als noch im Jahr davor. Diesen Trend gilt es zu stoppen", fordert Schmiedtbauer.

Echte Krisenhilfe nötig

"Die Landwirtinnen und Landwirte in Europa brauchen eine echte Krisenhilfe. Die Verantwortung gänzlich den Mitgliedstaaten zu überlassen, wird langfristig nicht ausreichen", sagt Bernhuber, Umweltsprecher der ÖVP im Europaparlament. Die Preise für Düngemittel seien eine enorme Belastung für die Lebensmittelerzeugung. Ohne ausreichende Düngemittelversorgung der Felder, drohten leere Lebensmittelregale auch in Europa zum Alltag zu werden. Weiter ansteigende Lebensmittelpreise und Importe aus Drittstaaten wären die Folge.

Der Abgeordnete aus Niederösterreich betont in diesem Zusammenhang auch die europäische Verantwortung beim umstrittenen Verkauf des österreichischen Düngemittelproduzenten Borealis an den tschechischen Agrofert-Konzern, der im Besitz des ehemaligen Regierungschefs Babis ist. "Der Borealis-Deal muss umgehend gestoppt werden. Wir dürfen unsere österreichische Düngemittelproduktion nicht aufs Spiel setzen und uns in die Abhängigkeit von Importen begeben." (Schluss)

Jahrestagung der land- und forstwirtschaftlichen Meister im Ländle

Beste Absolventen 2022 ausgezeichnet, Resolution verabschiedet

Bregenz, 9. November 2022 (aiz.info). - Bei der jährlichen Bundestagung der Arbeitsgemeinschaft (ARGE) Meister, die gestern, Dienstagabend, in Brand im Vorarlberger Brandnertal stattfand, wurden zum bereits elften Mal die besten Absolventinnen und Absolventen der Meisterausbildung ausgezeichnet. Diese wird jedes Jahr von mehr als 500 Frauen und Männern in einem der 15 Berufsfelder der Land- und Forstwirtschaft durchlaufen. Landwirtschaftskammer (LK) Österreich-Präsident **Josef Moosbrugger**, der Vorarlberger Agrarlandesrat **Christian Gantner** und Landesbäuerin **Andrea Schwarzmann** nahmen gemeinsam mit ARGE Meister-Bundesobmann **Andreas Ehrenbrandtner** die feierliche Ehrung vor und gratulierten den Preisträgern, die sich durch besonders hohe Leistungen ausgezeichnet hatten.

Große Bedeutung der Meisterinnen und Meister in Krisenzeiten

Ehrenbrandtner betonte in seiner Ansprache: "In diesen herausfordernden Zeiten ist es umso wichtiger für unsere Betriebsführerinnen und Betriebsführer, sich ein umfassendes und professionelles Fachwissen anzueignen. Die Meisterausbildung ist die beste Basis dazu. Es freut uns

als ARGE Meister umso mehr, auch heuer wieder die besten Meisterinnen und Meister des Jahres zu würdigen und im Rahmen unserer Bundestagung vor den Vorhang zu holen."

Moosbrugger ergänzte: "Meisterbetriebe sind die höchstqualifizierten Praktiker unserer Branche und dadurch auch für die Kommunikation und Wertschätzung in der Bevölkerung unverzichtbar. Außerdem bilden sie selbst Lehrlinge aus und stellen somit eine Zukunftschance und Motivationsquelle für die land- und forstwirtschaftliche Jugend dar. Ich gratuliere allen Preisträgerinnen und Preisträgern zu ihren Spitzenleistungen, die uns trotz schwieriger Zeiten mit Optimismus erfüllen."

Gantner zeigte sich beeindruckt von den Leistungen der Absolventen: "Allen Meisterinnen und Meistern gebührt Respekt und Anerkennung, und sie dürfen zurecht stolz auf sich und ihre Leistungen sein. Sie sind Zukunftsweiser für diesen Berufsstand sowie wichtige Brückenbauer und Multiplikatoren für die land- und forstwirtschaftlichen Belange."

Resolution für Versorgungssicherheit verabschiedet

Außerdem setzt die ARGE Meister in diesem Jahr wieder einen inhaltlichen Schwerpunkt und hat eine Resolution zum Thema Versorgungssicherheit einstimmig verabschiedet. Darin wird die große Bedeutung aller land- und forstwirtschaftlichen Berufe für die Versorgung mit regionalen Lebensmitteln, nachhaltiger Energie und Rohstoffen unterstrichen. Unter anderem werden verlässliche Rahmenbedingungen und praxistaugliche Produktionsstandards gefordert und die entscheidende Rolle von verpflichtender Herkunftskennzeichnung, Biomassenutzung und Verfügbarkeit von Betriebsmitteln wie Pflanzenschutz und Dünger unterstrichen. Die Resolution kann auf aiz.info heruntergeladen werden.

Die ARGE Meister ist ein Verband von rund 35.000 Absolventinnen und Absolventen, die aus allen land- und forstwirtschaftlichen Berufen kommen. Unter anderem dient sie als Interessenvertretung, die das Image der Meisterausbildung stärken möchte. Das Leitungsteam besteht aus ehrenamtlichen Funktionären und Mitarbeitern aller Landwirtschaftskammern.

Meisterinnen und Meister des Jahres 2022:

Landwirtschaft: Dominik Nemeth, Philipp Seper (Bgld), Franz-Stefan Glabischnig (Ktn), Andreas Maurer (NÖ), Magdalena Neubauer (OÖ), Thomas Trummer (Stmk), Martina Gutleben, Johannes Rauch, Johannes Hundsbichler (Tirol), Daniel Bolter, Patrick Nägele (Vbg)

Weinbau und Kellerwirtschaft: Andrea Schmuckenschlager (NÖ)

Forstwirtschaft: Richard Mader-Kreiner (NÖ), Martin Baumgartinger (OÖ), Johann Lebesmühlbacher (Sbg), Herbert Fuchs (Stmk),

Geflügelwirtschaft: Alexander Tiefnig (OÖ)
(Schluss)

Förderpreis der Hagelversicherung: Studien von zwei Boku-Absolventen prämiert

Wissenschaftliche Untersuchungen zu Tierwohl und Einkommensversicherung

Wien, 9. November 2022 (aiz.info). - Die Österreichische Hagelversicherung hat den Förderpreis für herausragende wissenschaftliche Arbeiten 2022 vergeben. Im feierlichen Rahmen an der Universität für Bodenkultur Wien überreichten Boku-Rektorin Eva Schulev-Steindl und Vorstandsvorsitzender der Österreichischen Hagelversicherung **Kurt Weinberger** die Auszeichnung an Anna Christina Herzog und Stephan Grasserbauer. "Für die Hagelversicherung ist die Vergabe des Förderpreises auch zu ihrem 75-jährigen Jubiläum etwas Besonderes, denn seit unserem 75-jährigen Bestehen spielt die Wissenschaft eine entscheidende Rolle. Die prämierten Arbeiten haben stets einen sehr hohen Praxisbezug zur Landwirtschaft und die Qualität der wissenschaftlichen Arbeiten ist das Ergebnis der hervorragenden Lehre und Forschung an der BOKU", erklärt Weinberger die Motive für den seit 2012 gestifteten Förderpreis.

Die Preisträger

Herzog (Dissertation) beschäftigte sich in ihrer Arbeit mit dem Thema der Tierwohlverbesserung auf österreichischen Milchviehbetrieben unter der Berücksichtigung der Umweltwirkungen der Milcherzeugung. Anhand der Ergebnisse schlussfolgert Herzog, dass die Verbesserung des Wohlbefindens von Milchkühen durch die Implementierung von Gummimatten zur Verringerung von Lahmheit und von Korbventilatoren zur Verringerung von Hitzestress in Produktionssystemen mit mittlerer Milchleistung (6.000 bis 8.000 kg) und unter gemäßigten klimatischen Bedingungen aus Umweltsicht empfehlenswert ist. Die vorliegenden Ergebnisse der Arbeit seien ein wichtiger Beitrag zu einer nachhaltigeren sowie tiergerechteren und damit auch zukunftsweisenden Form der Milchviehhaltung in Österreich. Beruflich ist Herzog aktuell an der Landwirtschaftskammer Österreich in der Abteilung Marktpolitik für die Bereiche Biolandwirtschaft und Projektmanagement zuständig.

Grasserbauer (Masterarbeit): Mit dem Hintergrund, dass zusätzliche Maßnahmen zur Einkommensstabilisierung, wie Einkommensversicherungen, vermehrt nachgefragt werden, zielte Grasserbauer in seiner Masterarbeit darauf ab, die Übertragbarkeit des kanadischen Einkommensversicherungsmodells AgriStability auf österreichische Marktfruchtbetriebe zu evaluieren und dessen ökonomische Auswirkungen zu ermitteln. In zwei Szenarien berechnete er die Einführung des Einkommensversicherungsmodells einerseits ohne und andererseits mit Berücksichtigung der bestehenden Direktzahlungen der 1. Säule der GAP. Zusammengefasst hält die Arbeit fest, dass im derzeitigen GAP-System mit Direktzahlungen eine Einkommensversicherung nach Vorbild des kanadischen AgriStability Program eine wenig geeignete Ergänzung ist. Einkommensversicherungen könnten aufgrund höherer Mitteleffizienz hinsichtlich Einkommensstabilisierung und höherer gesellschaftlicher Akzeptanz jedoch Alternativen zu Direktzahlungen darstellen. (Schluss)